

## Standpunkt

von Hanspeter Weibel



## Etwa keine Luxuslösung?

■ In ihrem Artikel vom letzten Mittwoch behauptet die bz, die vorgeschlagene Sanierung der kantonalen Pensionskasse (BLPK) sei keine Luxuslösung. Das Thema ist komplex, deshalb beschränke ich mich in meiner Antwort auf wenige zentrale Überlegungen: Die BLPK weist eine Unterdeckung von 2300 Millionen Franken aus. Immer wenn es um viel Geld geht, lohnt es sich, genauer hinzusehen. Diese Unterdeckung ist unter anderem das Resultat von Leistungsversprechen, von denen man seit mehr als zehn Jahren weiss, dass sie nicht ausreichend finanziert sind. Weder durch den Arbeitgeber noch durch den Arbeitnehmer. Es geht dabei aber auch um die Umstellung vom Leistungs- auf Beitragsprimat sowie weitere Privilegien.

Der vorliegende Sanierungsvorschlag wurde von den Personalverbänden des Staatsapparats mit Spitzen-Angestellten der Finanzdirektion und Pensionskasse als «guter Kompromiss» ausgehandelt. Alle Beteiligten wollten das Gleiche. Die BLPK wollte möglichst viel Geld um ihre Lücken zu stopfen, die Gewerkschaften eine Luxuslösung für ihr Personal und die älteren Spitzenangestellten für die eigene Pensionierung eine möglichst hohe Rente. Einzig die Steuerzahler, die das alles bezahlen müssen und Sanierungsbeiträge an ihre eigene Pensionskasse leisten müssen, waren bei den Verhandlungen nicht dabei. Sie dürfen nun für jeden BLPK-Versicherten rund 300 000 Franken zahlen.

Das ist ungerecht und asozial. Denn von den 25 000 Versicherten der Pensionskasse betrifft die Sanierung zum grössten Teil rund 1000 ältere Staatsangestellte mit hohen Löhnen. Die übrigen dürfen ihre Sanierung weitgehend selber finanzieren. Das bedeutet, dass all das, was ein durchschnittlicher Steuerzahler während 100 Jahren dem Kanton an Steuern abliefern, gerade reicht, um das Loch eines einzigen durchschnittlichen Staatsangestellten zu stopfen. Dabei hat der durchschnittliche Baselbieter vor seiner Pensionierung gerade mal rund 300 000 auf dem eigenen Vorsorgekonto.

Es ist natürlich leicht, Luxus-Kassen in anderen Kantonen zu finden, in denen sich das Staatspersonal auf Kosten der Steuerzahler durchsetzen konnte. Auch der Vergleich mit Weltkonzernen, die in der Schweiz ihr Konzernmanagement haben, ist nicht überzeugend. Im grossen Durchschnitt sind die Vorsorgeleistungen der Firmen im Baselbiet viel tiefer als bei der BLPK.

Wir müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Baselbieter Finanzen so schlecht dran sind, dass wir mit den kantonalen Einnahmen nicht einmal die laufenden Ausgaben decken können. Jeder Franken in Neuinvestition geschieht heute beim Kanton auf Pump. Deshalb gilt es, dieser Sanierung einen Riegel zu schieben. Zum Schutz der Steuerzahler.

Hanspeter Weibel ist Landrat und Präsident der SVP Böttlingen.

## Risse im Gefüge

**FDP-Fraktion** Die freisinnigen Landräte sind sich bei der Pensionskasse ganz und gar nicht einig



Fiko-Mitglied Michael Herrmann stimmte der Vorlage zu, Christoph Buser und Rolf Richterich (v.r.) enthielten sich der Stimme.

BZ-ARCHIV/JUN

VON MICHAEL NITTAUS

An der Sitzung vom 16. Mai rieb sich so mancher Landrat verwundert die Augen. Bei der zweiten Lesung zur Sanierungsvorlage der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) wurde das erwartete 4/5-Mehr verfehlt. Neben der Brandrede gegen die Vorlage von SVP-Landrat Hanspeter Weibel fiel vor allem eines auf: Die FDP-Fraktion trat tief gespalten auf. Noch Ende April hielt Balz Stückelberger in der ersten Lesung die Fraktionshaltung wie folgt fest: «Die FDP steht hinter dieser Vorlage im Sinne eines Kompromisses.» Zwar sei es «ein reichlich saurer Apfel», aber man müsse hineinbeissen.

## Interne Krisensitzung gefordert

Bei der Schlussabstimmung drei Wochen später stimmten allerdings nur noch sechs der 13 FDP-Landräte dem BLPK-Gesetz zu, sechs weitere enthielten sich der Stimme und mit Siro Imber lehnte es gar ein Freisinniger ab (siehe Tabelle). Was zudem auffällt: Es verwehrt nur FDP-Landräte der Vorlage die Zustimmung, die nicht in der vorberatenden Finanz- oder Personalkommission (Fiko/Peko) sitzen. «Wir haben ein Jahr an dem Kompromiss gearbeitet. Die Differenzen in unserer Fraktion sind deshalb unschön, auch wenn natürlich jeder Landrat unabhängig ist»,

sagt denn auch Peko-Mitglied Stückelberger zur bz. Und er ist in seiner Enttäuschung nicht allein: Ebenfalls als «unschön» bezeichnet es Marco Born, dass «erst in der zweiten Lesung alle Kritik kam». Dies stelle die früheren intensiven Beratungen innerhalb der Fraktion in ein schlechtes Licht. Born könne zwar verstehen, wenn gewisse Fraktionsmitglieder einen gewissen Frust hätten, doch: «Es ist nicht gut, dass wir uns jetzt gegenseitig bekämpfen.» Dies müsse unbedingt an der nächsten Fraktionssitzung thematisiert werden, so Born. Der Umschwung zwischen der ersten und zweiten Lesung kam auch für Bea Fünfschilling

VON BOJAN STULA

Wahlkämpfer Anton Lauber legt seinen Finger auf einen wunden Punkt im Landkanton: die Alterspolitik. Zu lange ist in diesem Bereich wenig bis nichts gegangen. Das neue Baselbieter Altersleitbild droht, zu einem zahnlosen Papiertiger zu verkommen. «Am besten sollte der Landrat das ganze Leitbild zurückweisen, so wie es die FDP fordert», schimpft John Diel, der inzwischen pensionierte Leiter der kantonalen Koordinationsstelle für Altersfragen.

Lauber stösst nach: «Seit dem Planungsstopp des akutergeriatrischen Zentrums auf dem Bruderholz ist der Kanton in der Alterspolitik nicht mehr spürbar. Es fehlt eine konkrete

## So stimmte die FDP ab

Pensionskassen-Sanierung	Volksabstimmung	Gesetz	Dekret
Born Marco	Nein	Ja	Abwesend
Buser Christoph	Enthaltung	Enthaltung	Nein
Dürri Andreas	Nein	Enthaltung	Nein
Fünfschilling Bea	Enthaltung	Ja	Ja
Gschwind Monica	Nein	Ja	Ja
Herrmann Michael	Nein	Ja	Ja
Hiltmann Christof	Nein	Enthaltung	Enthaltung
Hollinger Marianne	Nein	Enthaltung	Ja
Imber Siro	Ja	Nein	Nein
Richterich Rolf	Nein	Enthaltung	Nein
Rufi Werner	Nein	Ja	Ja
Stückelberger Balz	Nein	Ja	Ja
Vogt Regina	Nein	Enthaltung	Enthaltung

sagt denn auch Peko-Mitglied Stückelberger zur bz.

Und er ist in seiner Enttäuschung nicht allein: Ebenfalls als «unschön» bezeichnet es Marco Born, dass «erst in der zweiten Lesung alle Kritik kam». Dies stelle die früheren intensiven Beratungen innerhalb der Fraktion in ein schlechtes Licht. Born könne zwar verstehen, wenn gewisse Fraktionsmitglieder einen gewissen Frust hätten, doch: «Es ist nicht gut, dass wir uns jetzt gegenseitig bekämpfen.» Dies müsse unbedingt an der nächsten Fraktionssitzung thematisiert werden, so Born. Der Umschwung zwischen der ersten und zweiten Lesung kam auch für Bea Fünfschilling

trisches Fallmanagement durchsetzen und bei der Geldvergabe von der baubezogenen Objektsubventionierung zur personenbezogenen Subjektfinanzierung übergehen. Das jetzige System im Baselbiet, jedes neu geschaffene Pflegebett mit 200 000 Franken zu subventionieren, verleite bloss zu Überkapazitäten. Würde hingegen dieses Geld direkt den Betagten ausbezahlt, könnte dies die Pflege zu Hause durch Spitex und Angehörige fördern. «Diese Anreize fehlen momentan im Baselbiet.»

## Auch hier: Allschwil macht es vor

Wie schon bei der Wirtschaftsentwicklung weist der bürgerliche Allianz-kandidat seine bisherigen Erfolge in Allschwil als Referenz aus. Als Gemeindepräsident sei es ihm verleidet, auf die Vorgaben des Kantons zu warten. Deshalb habe er selbst die Aufgabe angepackt, der grössten Baselbieter Gemeinde «ein hochmodernes Alterskonzept» zu verpassen.

Dessen wichtigsten Kernsatz «ambulant vor stationär» möchte er nun auch auf kantonaler Ebene verankern; darüber hinaus ein akutergeria-

«überraschend». Nicht einmal an der Fraktionssitzung am Morgen der Landratsdebatte sei sie informiert worden: «Es wurde zwar Kritik laut, aber dass sie sich enthalten, hat keiner der sechs Räte gesagt.»

## Richterich und Buser wehren sich

Lauter wird die interne Kritik – zumindest offiziell – zwar nicht, doch Exponenten anderer Fraktionen sprechen Klartext: «Das ist eine massive Desavouierung der eigenen Kommissionsmitglieder und auch des eigenen Finanzdirektors Adrian Ballmer», sagt etwa SP-Landrat Ruedi Brassel. Die FDP verliere durch die Windfahnenpolitik von Einzelnen ihre Glaubwürdigkeit. Er fragt sich, inwiefern man politisch noch mit der nicht gefestigten Fraktion rechnen kann. Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr sieht es ähnlich: «Das gehört ins Kapitel «verantwortungslos.» Die Kommissionsvorlage entspreche überwiegend den Wünschen der FDP.

Doch nicht nur von Links kommt Kritik. Auch für Felix Keller, Fraktionschef der CVP/EVP, ist die Stimmenthaltung unverständlich: «Bei so einem wichtigen Geschäft muss man einfach Stellung beziehen.» Er nennt

das Wendemanöver allerdings auch «typisch FDP».

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich wehrt sich vehement gegen die Vorwürfe: «Wir waren schon immer kritisch, es gab kein Umdenken.» Eigentlich hätte man der Vorlage zum 4/5-Mehr verhelfen wollen, doch als der Landrat beschloss, sie auf jeden Fall vors Volk zu bringen, habe das die Ausgangslage verändert. Auch sei klar geworden, dass die Bundesfrist vom 1. Januar 2014 sowieso nicht eingehalten werden könne – also fiel der Zeitdruck weg. «Dann konnten wir unserem Unbehagen auch durch Enthaltung Ausdruck verleihen», pflichtet Christoph Buser bei.

Der Wirtschaftskammer-Direktor und Geschäftsführer der Liga der Baselbieter Steuerzahler weist auch Vorwürfe zurück, wonach er bei dieser Aktion aus Eigeninteressen die Strippen gezogen habe: «Ich habe niemandem angestiftet. Das sind wüste Unterstellungen.» Beim Thema BLPK sei sich die Fraktion schlicht nicht einig. Den Kommissionsmitgliedern und FDP-Regierungsrat Ballmer sagt Buser trocken: «Bloss weil etwas lange beraten wurde, heisst das nicht, dass man zustimmen muss.»

## «Es ist nicht gut, dass wir uns jetzt gegenseitig bekämpfen.»

Marco Born, FDP-Landrat

## Betagte: Wo das Baselbiet ganz alt aussieht

**Wahlkampf** CVP-Regierungskandidat Anton Lauber will in der Alterspolitik punkten. Er fordert von der Regierung einen klaren Massnahmenplan.

VON BOJAN STULA

Wahlkämpfer Anton Lauber legt seinen Finger auf einen wunden Punkt im Landkanton: die Alterspolitik. Zu lange ist in diesem Bereich wenig bis nichts gegangen. Das neue Baselbieter Altersleitbild droht, zu einem zahnlosen Papiertiger zu verkommen. «Am besten sollte der Landrat das ganze Leitbild zurückweisen, so wie es die FDP fordert», schimpft John Diel, der inzwischen pensionierte Leiter der kantonalen Koordinationsstelle für Altersfragen.

Lauber stösst nach: «Seit dem Planungsstopp des akutergeriatrischen Zentrums auf dem Bruderholz ist der Kanton in der Alterspolitik nicht mehr spürbar. Es fehlt eine konkrete

trisches Fallmanagement durchsetzen und bei der Geldvergabe von der baubezogenen Objektsubventionierung zur personenbezogenen Subjektfinanzierung übergehen. Das jetzige System im Baselbiet, jedes neu geschaffene Pflegebett mit 200 000 Franken zu subventionieren, verleite bloss zu Überkapazitäten. Würde hingegen dieses Geld direkt den Betagten ausbezahlt, könnte dies die Pflege zu Hause durch Spitex und Angehörige fördern. «Diese Anreize fehlen momentan im Baselbiet.»

In John Diel und Sandro Zamengo, dem Präsidenten des Verbands Baselbieter Alters-, Pflege- und Betreuungseinrichtungen, hat der CVP-Kandidat zwei Fürsprecher gefunden, die sein Allschwiler Alterskonzept als vorbildlich und ihn selbst als visionären Alterspolitiker loben. Bei der Frage, weshalb er seine Anliegen zur Alterspolitik nicht schon früher beim im Amt verstorbenen Gesundheitsdirektor und CVP-Parteikollegen Peter Zwick eingebracht habe, weicht

Lauber aus: «Ich möchte jetzt keine Kritik üben.» Immerhin stellt er klar, dass Allschwil bei der Festsetzung der Pflegepauschalen überhaupt nicht mit der Kantonsvorgabe einverstanden gewesen ist. Übernahme der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion, würde er umgehend alle wichtigen «Player» an einen Tisch rufen, um einen alterspolitischen Massnahmen- und Zeitplan zu erstellen und dank Direktvergleich mit anderen Kantonen griffige Grundlagen für die nächste Runde in der Festlegung der Pflegekostenpauschale festlegen lassen.

## Endspurt im Wahlkampf

Derart innovativ hat sich Lauber noch zu kaum einem anderen Wahlkampfthema geäussert. Nach dem Vorschlag eines Leimentaler ÖV-Bogens durch seinen Rivalen Thomi Jourdan (EVP) wird dieser Wahlkampf selbst im Endspurt auf der kreativen Sachebene geführt – welch angenehme Abwechslung.